
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

DEUTSCHLAND-RENTEN

14.03.2016

Anlässlich der heutigen Pressekonferenz der Minister Al-Wazir, Grüttner und Schäfer zur Deutschland-Rente erklärte der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Jörg-Uwe HAHN: „Bereits vor Jahren haben die Freien Demokraten ein eigenes Rentenkonzept vorgelegt, da wir statt Wahlgeschenken der Großen Koalition eine ehrliche Debatte über die Auswirkungen des demografischen Wandels und die Zukunft der Rente in Deutschland brauchen. Unser Konzept sieht vor, den Renteneintritt zu flexibilisieren und damit an die Bedürfnisse eines jeden anzupassen. Nachdem wichtige Jahre verschenkt wurden, versucht die schwarz-grüne Landesregierung nun irgendwie auf die drohende Katastrophe im Rentensystem – verursacht durch die Rente mit 63 und die damit verbundenen Kosten - zu reagieren. Der schwarz-grüne Vorschlag einer Deutschland-Rente basierend auf einer Opt-Out-Strategie lässt vermuten, dass uns statt schlanker, einfacher Strukturen, in denen der Bürger möglichst eigenständig Entscheidungen treffen kann, ein weiteres Bürokratiemonster erwartet.“

Weiter erklärte Hahn:

„Der Kern des FDP-Rentenkonzepts bestand stets in einem Wegfall starrer Altersgrenzen und der Möglichkeit für Arbeitnehmer, flexibel mit ihrem Arbeitgeber zu verhandeln, wann sie zwischen 60 und 70 Jahren - bei Ab- und Zuschlägen - in Rente gehen wollen. Genau dieser Ansatz entspricht der modernen Arbeits- und Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger. Das schwarz-grüne Rentenkonzept nimmt den Menschen jedoch Freiheiten, statt sie zu gewährleisten: So wird den Bürgerinnen und Bürgern die Wahlfreiheit über die Anlagestrategie genommen, indem Aktien einseitig als Anlagestrategie forciert werden sollen. Auch der Zugriff auf die Gelder soll dem Bürger verwehrt werden, indem weder das Ansparen unterbrochen, noch der Zugriff in Notlagen auf das Kapital möglich sein soll. Letztlich wird hiermit erneut der Staat eingreifen und die bisher getätigten privaten Vorsorgen der Bürgerinnen und Bürger weiter unter Druck bringen. Zudem soll dem

Rentensparer die Entscheidung genommen werden, ob er das Geld eines Tages in einer Summe zum Beispiel für die letzte Rate seiner Immobilie nutzen kann, indem die monatliche Auszahlung zum Standard gemacht werden soll.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de